

Handelsrecht – Vertiefungsveranstaltung

Bargeldloser Zahlungsverkehr

18. April 2011

PD Dr. Christoph Reymann, LL.M. Eur., Notarassessor

<u>Überweisung</u>	<u>Lastschrift</u>	<u>Scheck</u>	<u>Zahlungskarte</u>
ca. 43 % der bargeldlosen Zahlungen (2003)	ca. 40 % der bargeldlosen Zahlungen (2003)	ca. 1 % der bargeldlosen Zahlungen (2003)	ca. 7 % der bargeldlosen Zahlungen (2003)
AÜV 2002 §§ 676a bis 676g BGB a.F. §§ 675c bis 676c BGB n.F.	LSA 2002 § 675 BGB §§ 675c bis 676c BGB n.F.	ScheckA 2004 § 675 BGB	§ 676h BGB §§ 675c bis 676c BGB n.F.

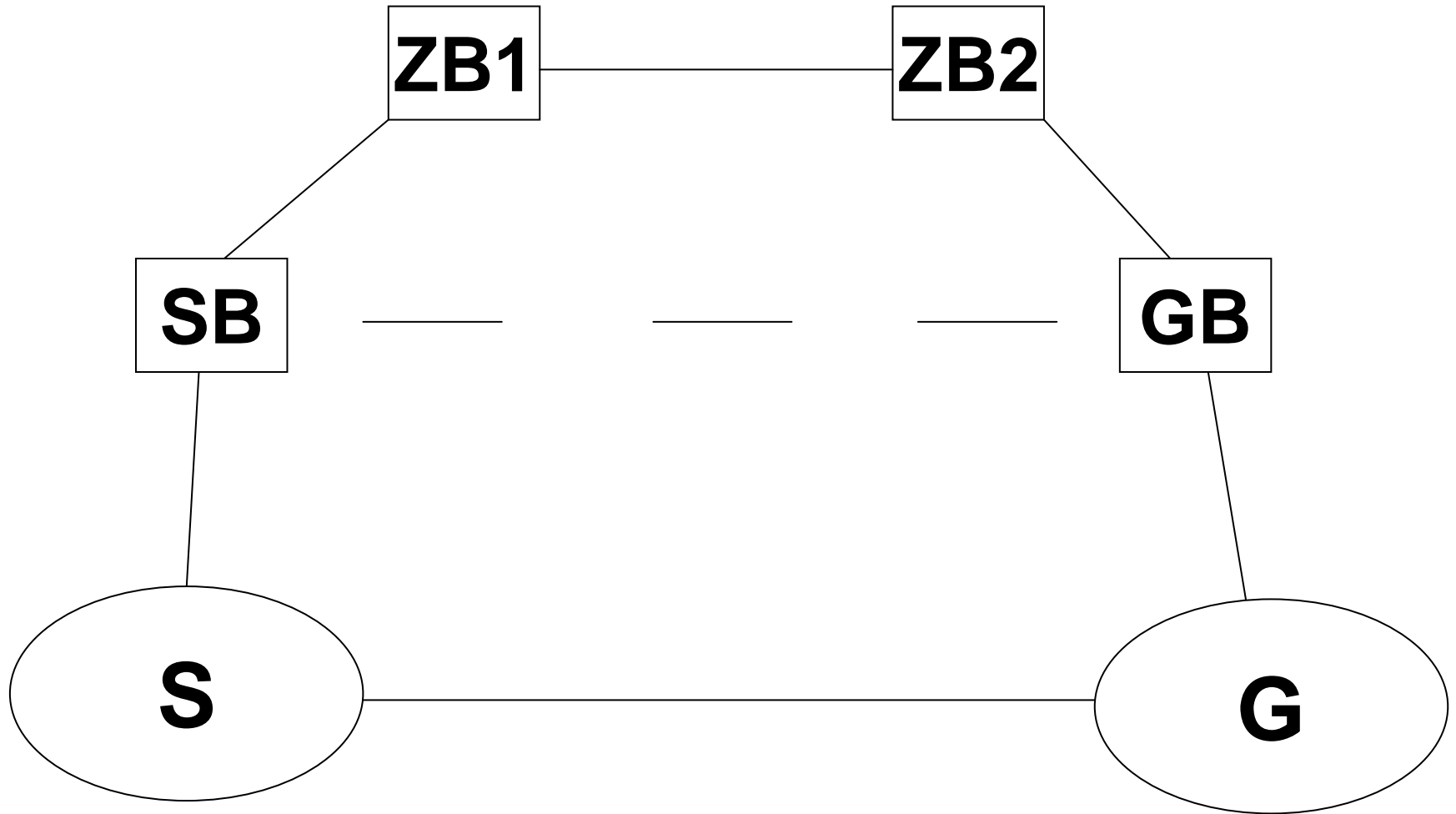
§ 14 I 2 BBankG: „Auf Euro lautende Banknoten sind das einzige unbeschränkte gesetzliche Zahlungsmittel.“

§ 362 I BGB: „Das Schuldverhältnis erlischt, wenn die geschuldete Leistung an den Gläubiger bewirkt ist.“

§ 364 I BGB: „.... wenn der Gläubiger eine andere als die geschuldete Leistung an Erfüllung statt annimmt.“

§ 364 II BGB: Übernahme einer neuen Verbindlichkeit zum Zwecke der Gläubigerbefriedigung ... im Zweifel keine Leistung an Erfüllung statt (erfüllungshaber).

bis 1999	seit 1999/2002	ab 2009
<p>Keine gesonderte Regelung §§ 675, 665 BGB VmSD DSL Weisungsmodell <i>(Auftrag nicht wie bis 2009 Vertrag)</i> Widerruflichkeit bis zum Eingang beim Empfänger <i>(nicht bis zum Eingang auf Em- pfängerkonto)</i></p>	<p>§§ 676a-676h BGB a.F. §§ 676a-676c BGB a.F. §§ 676d, 676e BGB a.F. §§ 676f, 676g BGB a.F. Überweisungsgesetz 1999/2002 ÜberweisungsRL ZahlungssicherungsRL Art. 228 EGBGB § 676h BGB a.F. Fernabsatzgesetz 2002 FernabsatzRL</p>	<p>§§ 675c-676c BGB ZahlungsdiensteRL Sämtliche bargeld- lose Zahlungsarten Ausname u. a.: Scheckverkehr Zahlungsdienste- vertrag Verschärfung der Haftung Verkürzung der Ausführungsfristen Einschränkung der Widerrufsmöglich- keiten</p>



Rechtzeitige Überweisung - Deckungsverhältnis

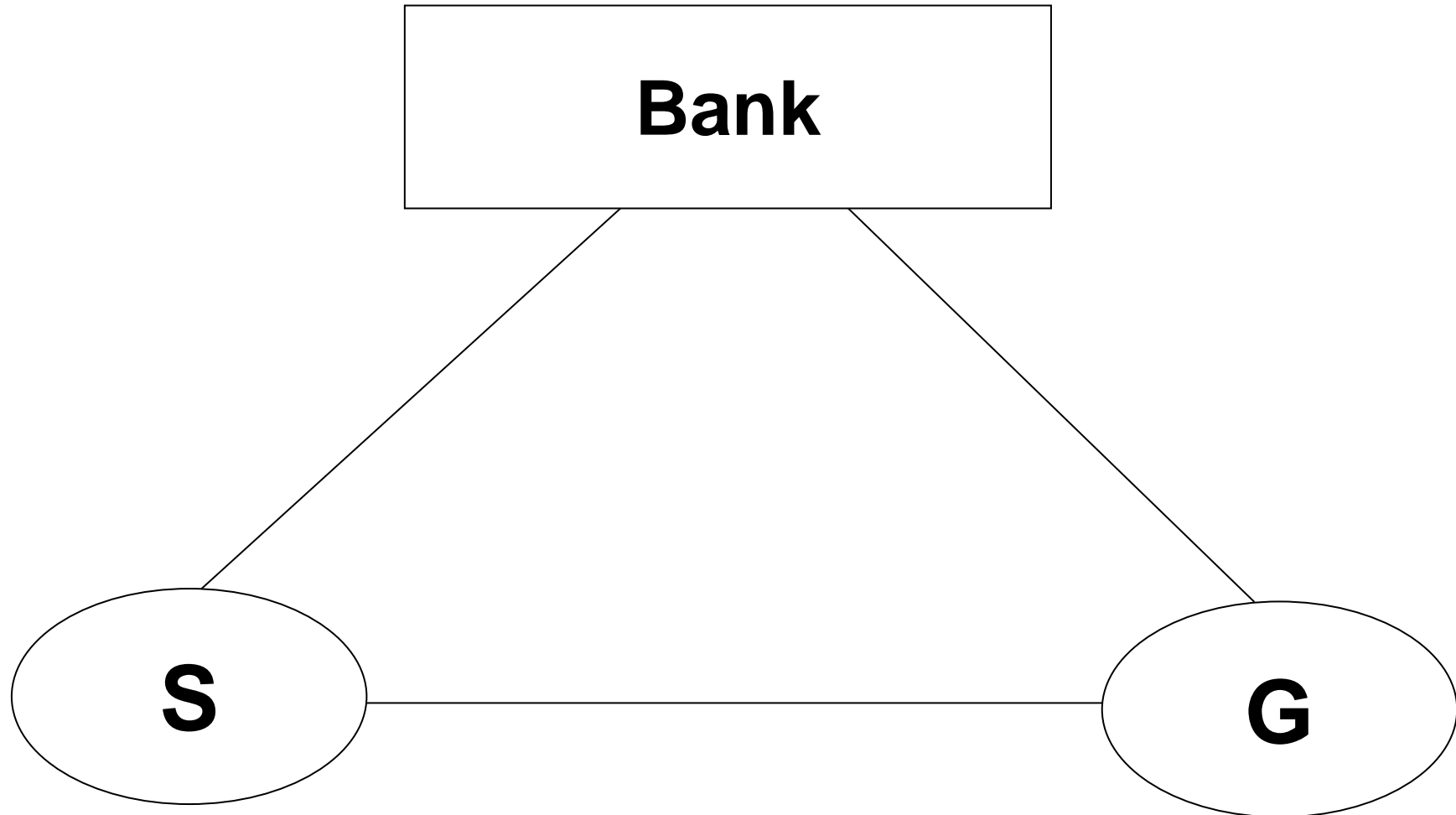
■ § 675s Abs. 1 BGB n.F.

- Grundsatz: ZDL des Zahlers muss Eingang spätestens am Ende des auf den Zugangzeitpunkt des Zahlungsauftrags folgenden Geschäftstags beim ZDL des Zahlungsempfängers sicherstellen.
- Ausnahme 1: Bis 1.1.2012 – Möglichkeit zur Vereinbarung einer Frist von 3 Geschäftstagen
- Ausnahme 2: Überweisungen im EWR, die nicht auf Euro lauten: Möglichkeit zur Vereinbarung einer Frist von 4 Geschäftstagen

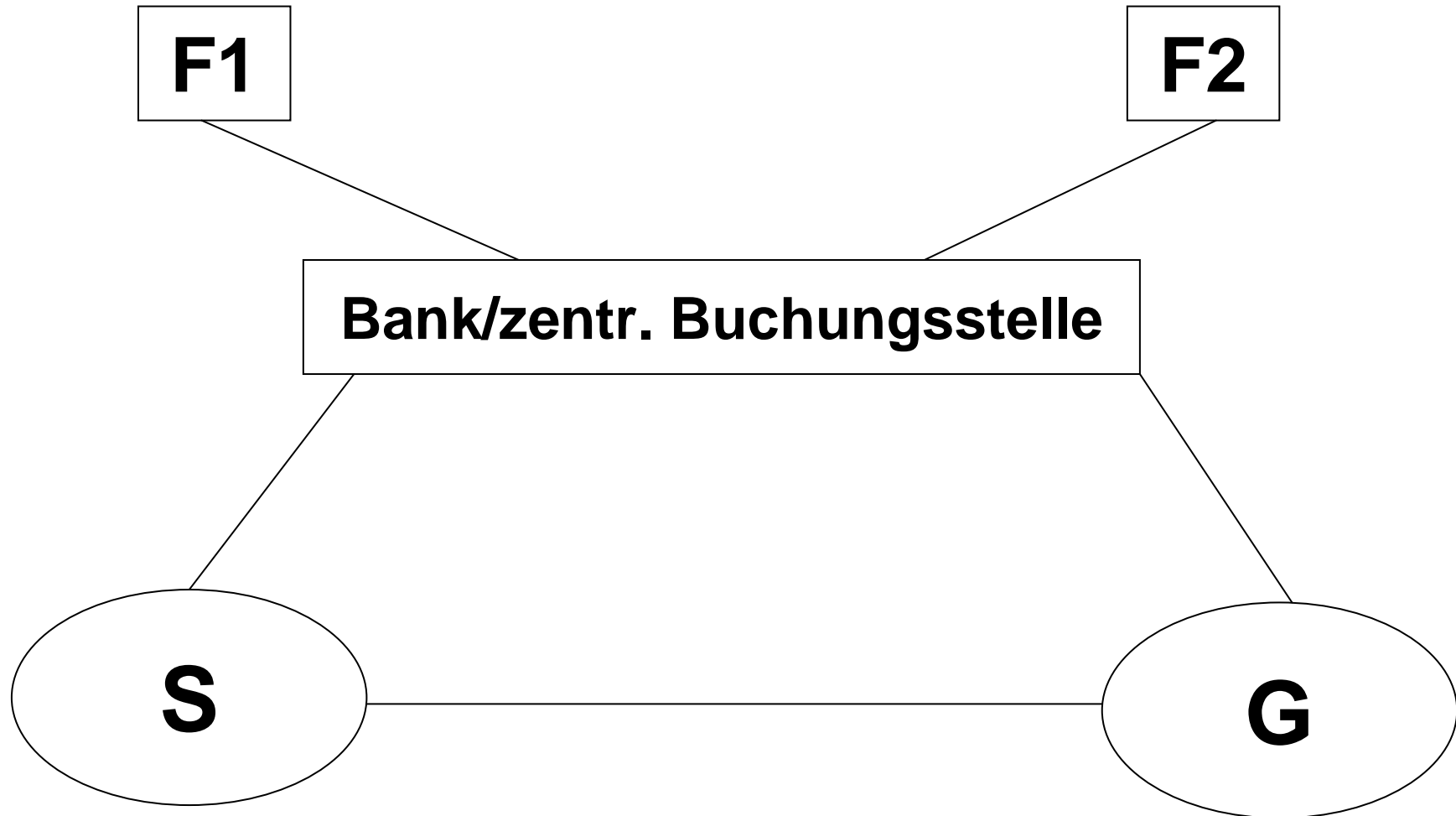
■ § 676a Abs. 2 S. 2 BGB a.F.

- Grenzüberschreitend EU/EWR (Euro): binnen 5 Werktagen auf das Konto Empfängerbank
- überbetriebliche inländische Überweisungen binnen 3 Bankgeschäftstagen auf das Konto Empfängerbank
- Überweisungen innerhalb Haupt-/Zweigstelle innerhalb 1 Bankgeschäftstags, sonstige innerbetriebliche Überweisungen binnen 2 Bankgeschäftstagen auf Empfängerkonto.

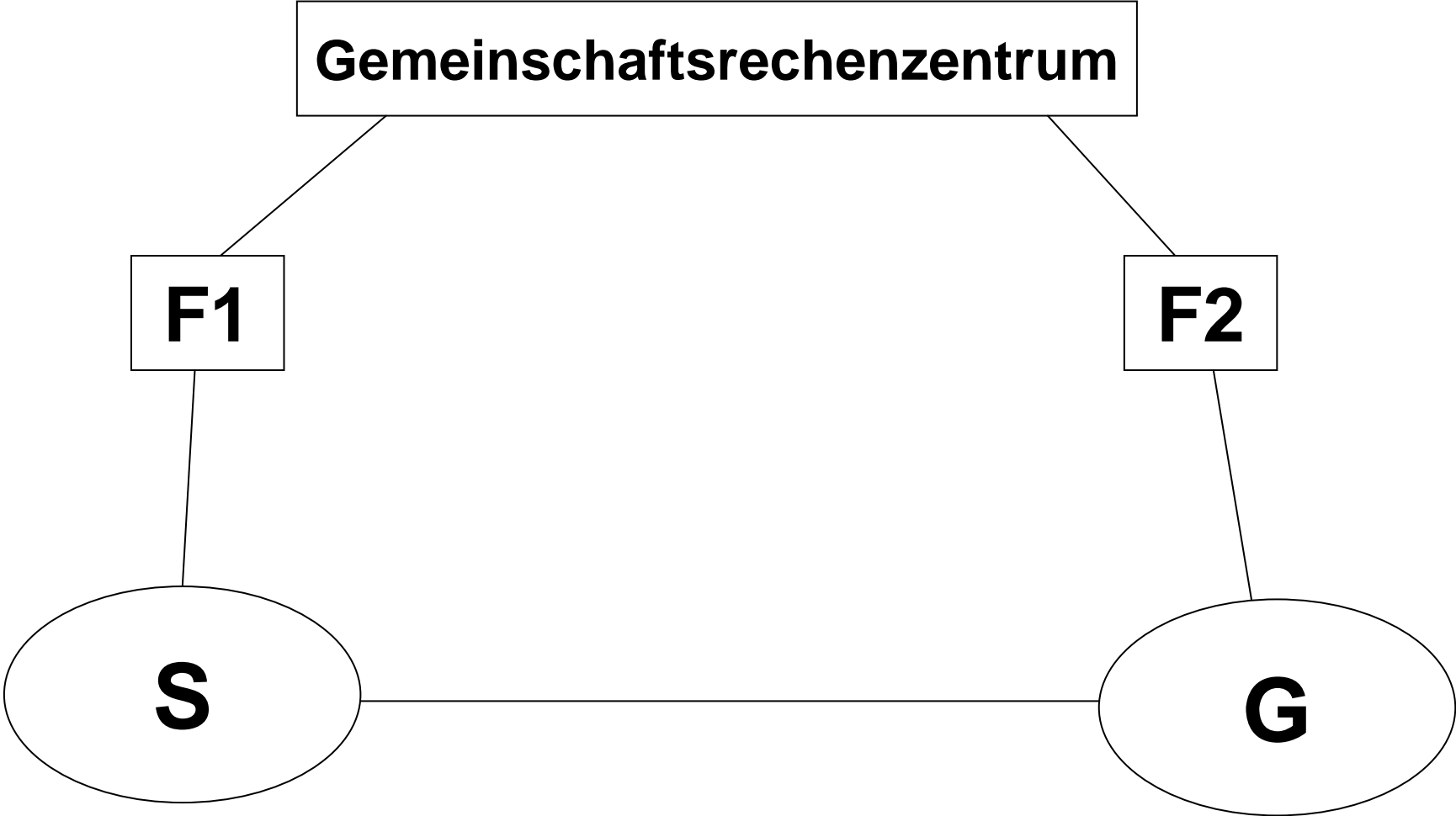
„Hausüberweisung“



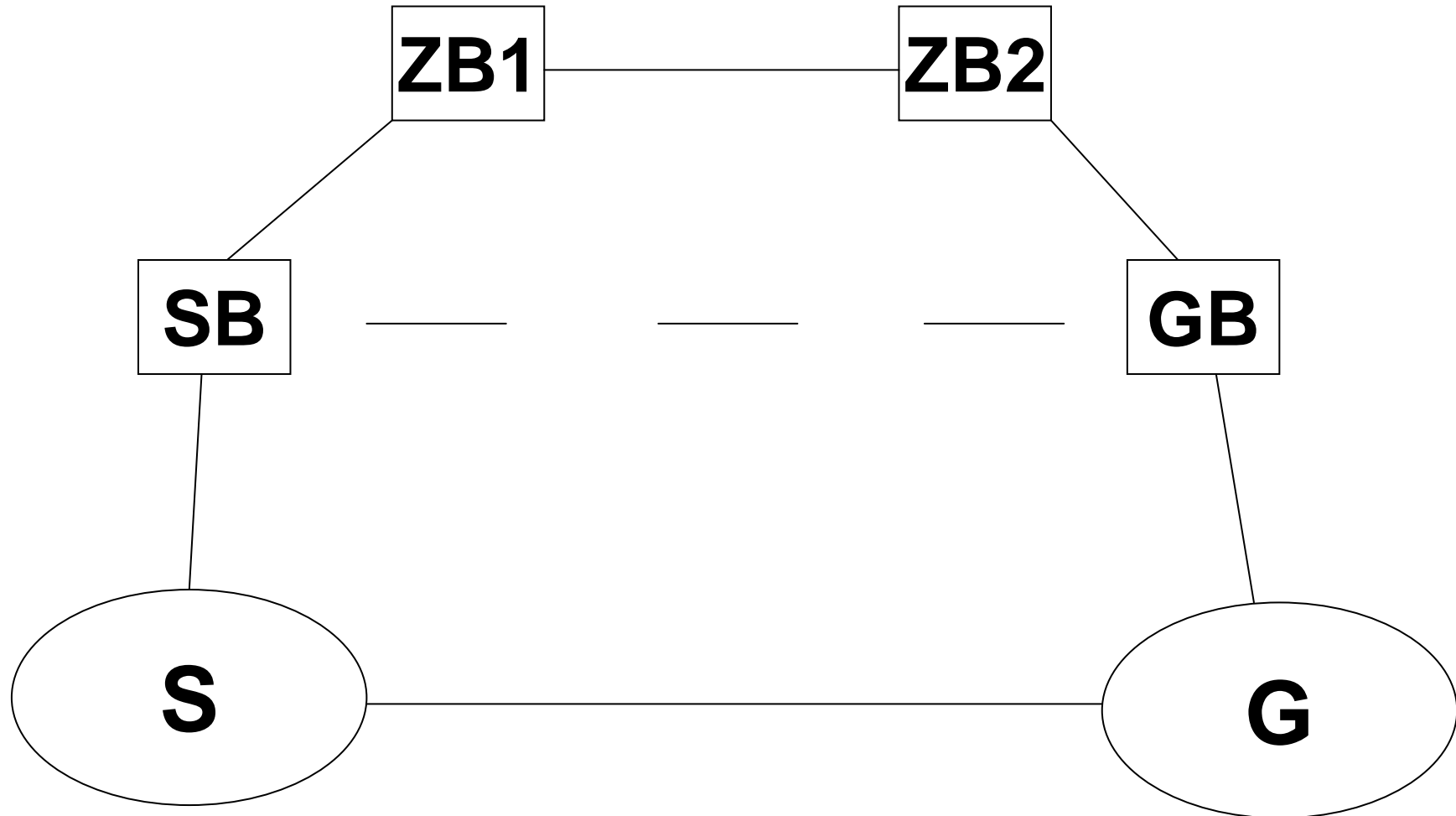
Großbank mit zentraler Buchungsstelle

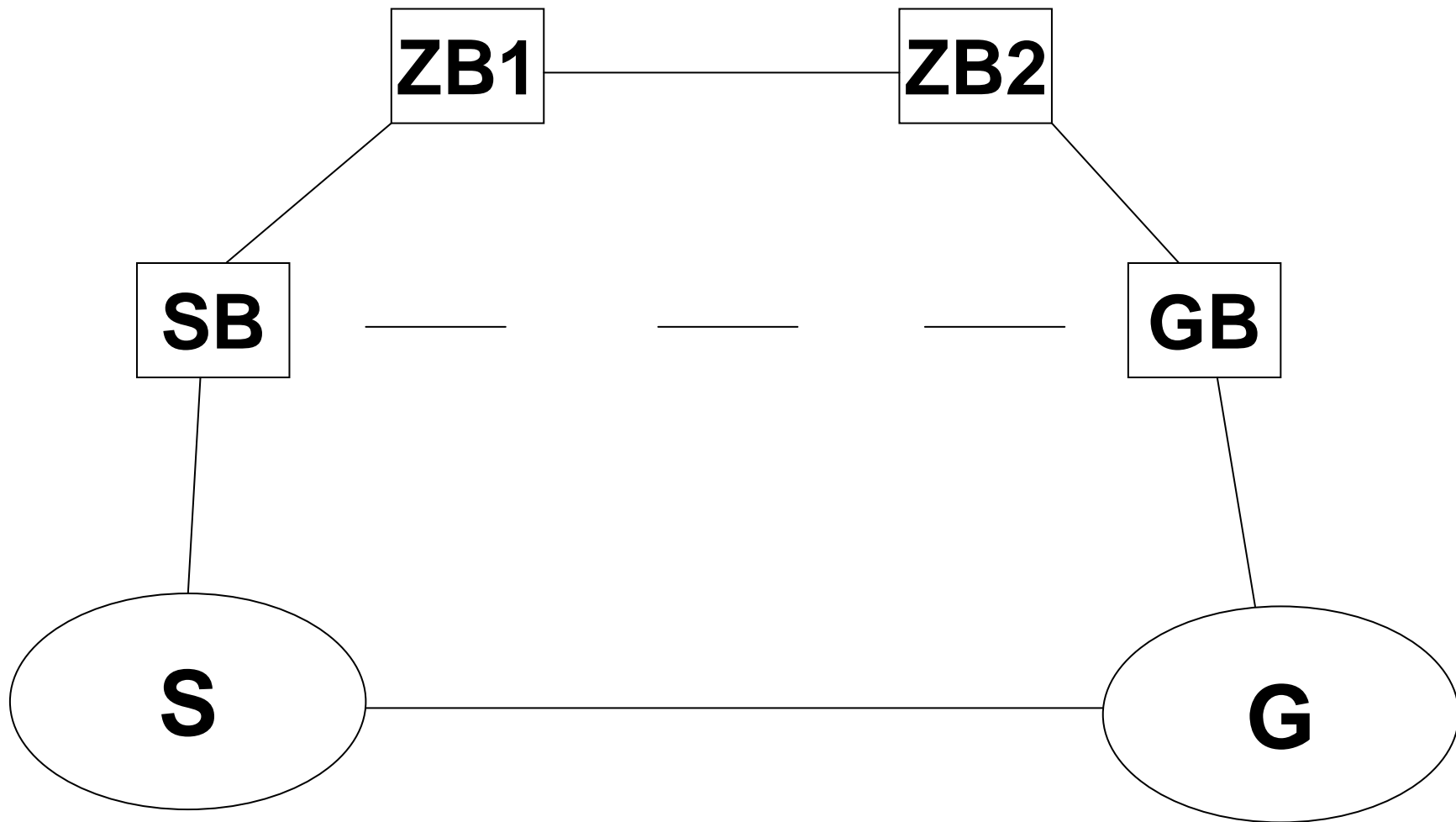


Filialüberweisung (Sparkassen/Genossenschaften)



Überbetriebliche Überweisung

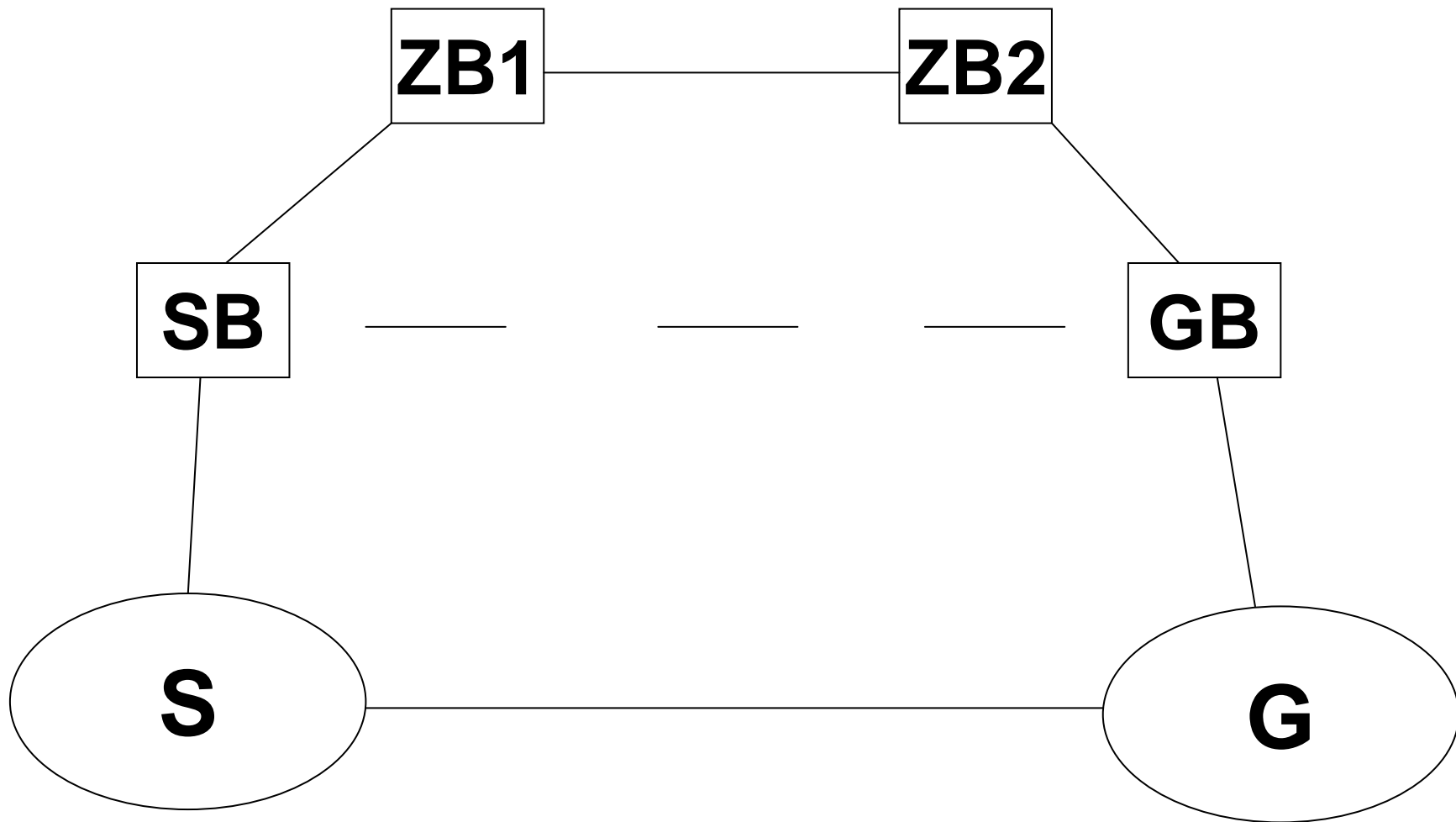




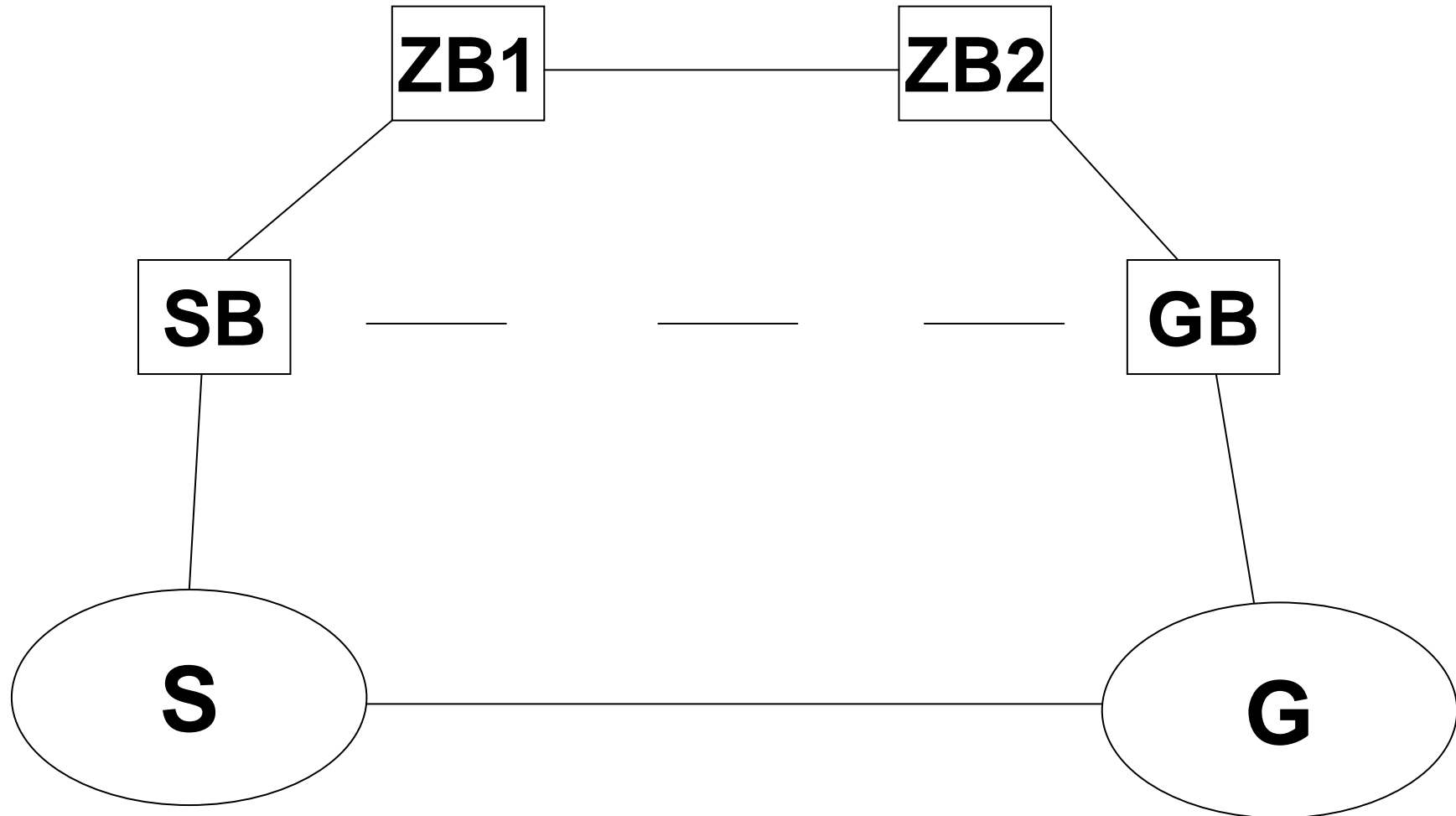
EuGH v. 3.4.2008 – Rs. C-306/06

NJW 2008, 1935 f./ DNotZ 2009, 196 ff. m. Anm. *Staudinger*

- Vertragliche Regelung: „Verzug tritt [...] 30 Tage nach Fälligkeit und Zugang der Rechnung ein.“
- Art. 3 Abs. 1 lit. c) ii) Zahlungsverzugs-RL: „Der Gläubiger ist berechtigt, bei Zahlungsverzug Zinsen insoweit geltend zu machen, als er [...] den fälligen Betrag nicht rechtzeitig erhalten hat, es sei denn, dass der Schuldner für die Verzögerung nicht verantwortlich ist.“
- Richtlinienkonforme Auslegung der § 270 Abs. 1, Abs. 4, § 269 Abs. 1, §§ 286 ff. BGB, allerdings nur im Bereich der Zahlungsverzugs-RL, d. h. bei Geschäftsvorgängen
 - zwischen Unternehmern oder
 - zwischen Unternehmern und öffentlichen Stellen



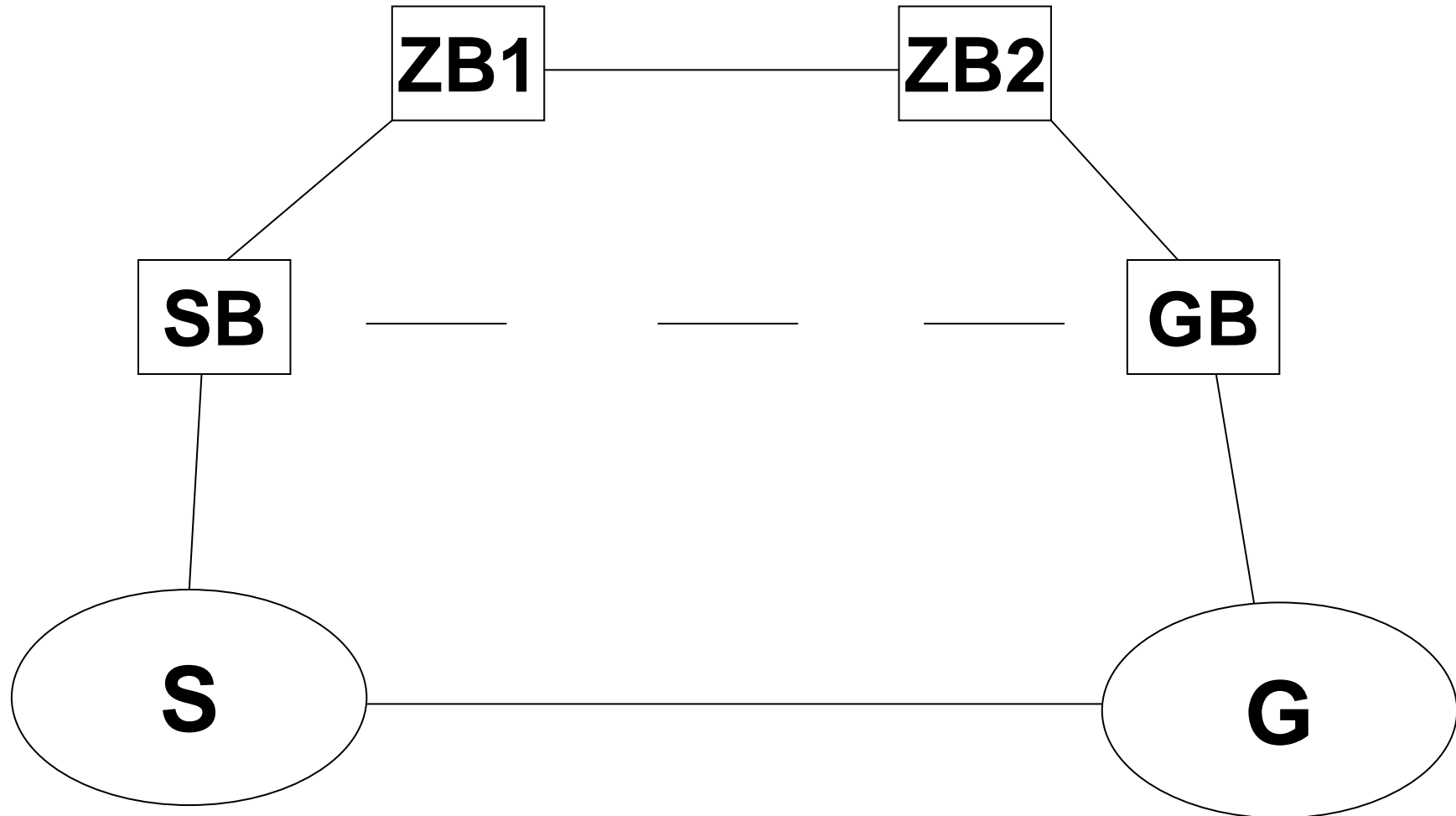
Überweisung



Haftungserleichterung bei verspäteter Überweisung

- e. A.: Keine Garantiehaftung mehr / a. A.: Anwendung des § 675y Abs. 1 BGB mit Möglichkeit der Einrede nach § 242 BGB (§ 812 I 1 Alt. 2 BGB)
- Evt. nur noch verschuldensabhängige Haftung des jeweiligen Zahlungsdienstleisters nach allgemeinen Grundsätzen (§ 280 I, §§ 286 ff. BGB)
- Zahlungsdienstleister muss sich gegenüber dem Zahlungsdienstnutzer Verschulden von Zwischenbanken gem. § 675z S. 3 BGB jeweils zurechnen lassen.
- Regressmöglichkeit des haftenden Zahlungsdienstleisters gegenüber zwischengeschalteten Stellen gem. § 676a BGB

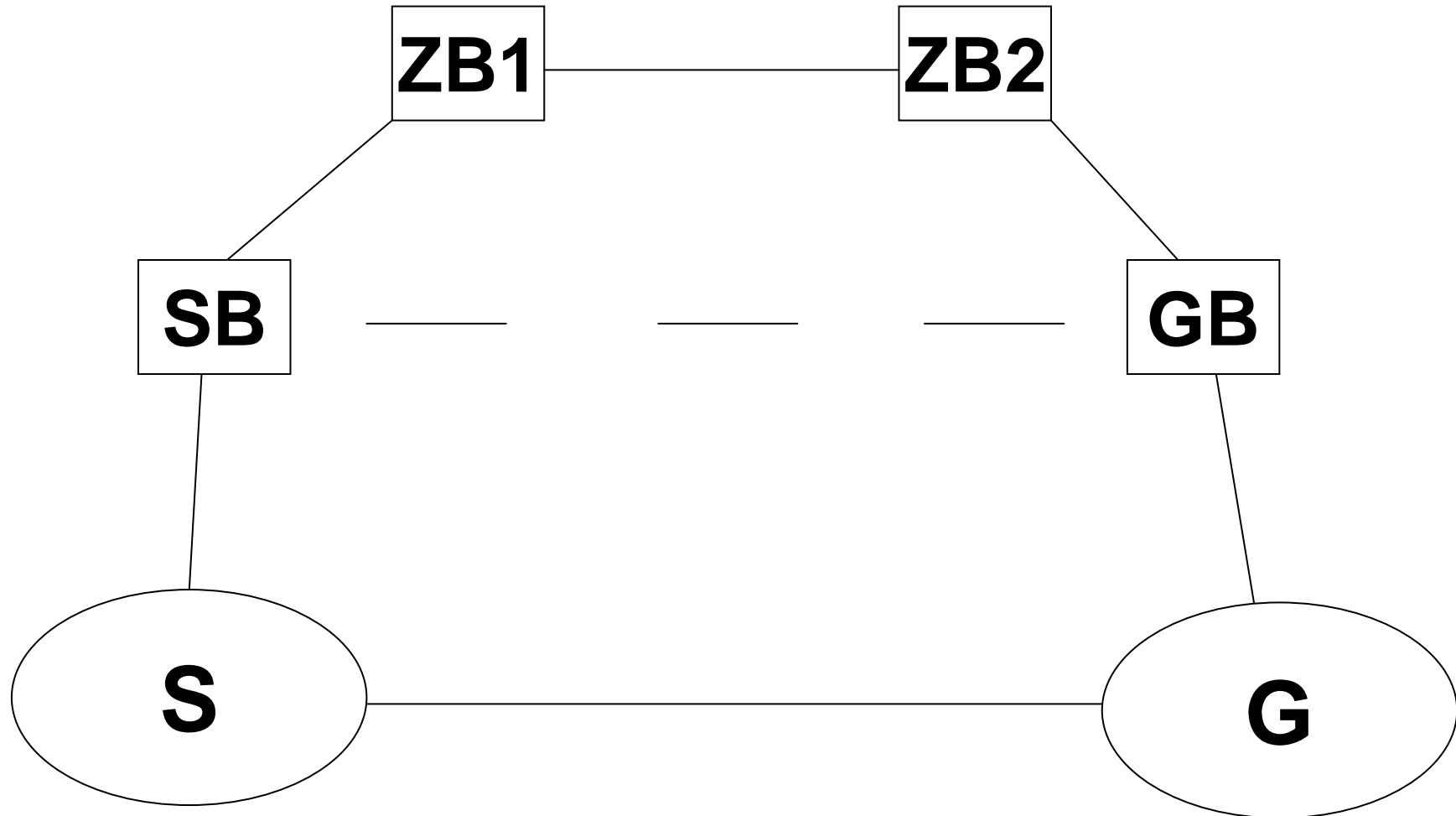
Überweisung



Haftungsverschärfung bei gekürzter Überweisung

- Ausweitung der Garantiehafung u. a. auf Lastschrift- und Zahlungskartenverfahren
- Garantiehafung des Zahlungsdienstleisters des Zahlers nach § 675y Abs. 1 S. 3 BGB; dabei kein Wahlrecht mehr, sondern ausschließlich Möglichkeit, Übermittlung des Kürzungsbetrags an den Empfänger zu verlangen.
- Garantiehafung des Zahlungsdienstleisters des Zahlungsempfängers bei vom Zahlungsempfänger angestoßenen Zahlungen (Lastschrift) gemäß § 675y Abs. 2 S. 3 BGB; dabei neu: Verursachungszurechnung für Kürzungen durch alle Stellen (auch durch Zahlungsdienstleister des Zahlers)
- Regressmöglichkeit des haftenden Zahlungsdienstleisters gegenüber zwischengeschalteten Stellen gem. § 676a BGB

Überweisung



Haftungsverschärfung bei gescheiterter Überweisung

- Ausweitung der Garantiehafung u. a. auf Lastschrift- und Zahlungskartenverfahren
- Garantiehafung des Zahlungsdienstleisters des Zahlers nach § 675y Abs. 1 S. 1 BGB ohne Beschränkung auf 12.500,- € und unabhängig vom Ablauf der 14-Tagesnachfrist
- Garantiehafung des Zahlungsdienstleisters des Zahlungsempfängers bei vom Zahlungsempfänger angestoßenen Zahlungen (Lastschrift) gemäß § 675y Abs. 2 S. 1 BGB
- Regressmöglichkeit des haftenden Zahlungsdienstleisters gegenüber zwischengeschalteten Stellen gem. § 676a BGB

§ 676c Abs. 3 BGB a.F.

„Von den Vorschriften des § 675 Abs. 1, der §§ 676a und 676b und des Absatzes 1 darf, soweit dort nichts anderes bestimmt ist, zum Nachteil des Überweisenden nur bei Überweisungen abgewichen werden,

- deren Überweisender ein Kreditinstitut ist,
- die den Betrag von 75.000,-- € übersteigen oder
- die einem Konto eines Kreditinstituts mit Sitz außerhalb der Europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums gutgeschrieben werden sollen.“

Umsetzung der Zahlungsdiensterichtlinie:

§ 675e BGB: Abweichende Vereinbarungen z. B. wenn Zahlungsdienstnutzer ebenfalls Unternehmer